



Gemeinde Pfinztal

Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 14.03.2023

| | |
|------------------------|--|
| Ort: | Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen) |
| Sitzungsbeginn: | 18:00 Uhr |
| Sitzungsende: | 18:45 Uhr |

Anwesende Personen

Vorsitzende/r:

Bodner, Nicola

Ordentliche Mitglieder:

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar
Gegenheimer, Thomas
Herb, Artur
Konstandin, Angelika
Möller, Eva
Reeb, Tilo
Rendes, Markus
Ringwald, Markus
Rothweiler, Sonja
Schwarz, Simon
Vogel, Roland, Dr.

Schriftführer/in:

Wenz, Pirmin

Verwaltung:

Bauer, Christian
Dickemann, Niklas
Kauter-Eby, Thomas
Sturm, Thomas

Ortsvorsteher/in:

Oberle, Gebhard

Nichtanwesende Personen

1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 06.03.2023.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 09.03.2023.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 12 Mitglieder anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:
Gemeinderat Gegenheimer
Gemeinderätin Konstandin



T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Stellplatzmiete für Dauerparker - Tiefgarage Europaplatz Berghausen **BV/179/2023**
- Beratung und Beschlussfassung
3. Neufassung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer **BV/891/2021/3**
- Antrag der Zählgemeinschaft von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken
- Beratung und Beschlussfassung als Empfehlung an den Gemeinderat
4. Mitteilungen der Bürgermeisterin
5. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
6. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Es liegen keine Beratungsgegenstände vor.

2. Stellplatzmiete für Dauerparker - Tiefgarage Europaplatz Berghausen - Beratung und Beschlussfassung

BM Bodner leitet in den TOP ein.

GRin Eisenbusch spricht sich für die SPD Fraktion gegen die einmalige Erhöhung aus. Sie möchte eine Steigerung in zwei Schritten.

HAL Bauer erklärt, man habe die Preise in der Region verglichen und basierend auf diesem Ergebnis die Erhöhung vorgeschlagen.

GR Ringwald fragt, ob der TOP verwaltungstechnisch abgeschlossen sei, sollte man heute beschließen.

BM Bodner erklärt, wenn der Rat wie von GRin Eisenbusch vorgeschlagen beschließt, wird der Antrag entsprechend im Beschluss verankert.

HAL Bauer fügt hinzu, dass das Datum der Anpassung der Verwaltung zweitrangig sei.

GR Gegenheimer fragt, ob es Firmen gibt, welche in der Tiefgarage kostenfrei parken dürfen.

HAL Bauer antwortet, dass auch die Firmen die vollen Preise zahlen. Die Verwaltung plane die Dauerparkplätze mit Schildern, auf denen die Kennzeichen abgedruckt werden, zu kennzeichnen.

GRin Möller möchte wissen, um wie viele Dauerparkplätze es sich handle.

HAL Bauer antwortet, dass die Gemeinde aktuell 14 kostenpflichtige Parkplätze dauerhaft vermietet.

GRin Möller spricht sich für eine einmalige Erhöhung aus, werde sich jedoch dem Rat unterordnen.

GR Schwarz möchte das Datum wie in der Beschlussvorlage beibehalten. Er schließt sich GRin Eisenbusch an und stimmt für eine stufenweise Erhöhung.

GRin Konstandin möchte darauf hinweisen, dass die Tiefgarage als öffentliche Parkfläche für den Ortskern gedacht war. Die aktuell dauervermieteten Parkplätze gehen für sie in Ordnung, jedoch sieht sie im Sinn der Tiefgarage keine reine Gewinnerzielungsabsicht.

HAL Bauer erklärt, dass ein eigener Parkplatz die Immobilien rund um die Tiefgarage attraktiver mache und man somit die lokale Wirtschaft unterstütze. Man solle den Gewerbetreibenden weiterhin die Parkplätze zur Verfügung stellen, da diese sonst öffentlichen Flächen nutzen. Tagsüber sei die Tiefgarage nicht ausgefüllt, hier könnte man die Anzahl der festvermieteten Parkplätze reduzieren, sollte dies der Wunsch des Rates sein.

GR Dr. Vogel merkt an, dass die geführte Diskussion nicht der Tagesordnung entspricht. Er verweist auf die Gemeindeordnung und dem Grundsatz der Einnahmenbeschaffung.



GR Ringwald befürchtet bei Wegfallen der Dauerparkplätze einen Mehraufwand für die kommunale Polizeibehörde.

GRin Rothweiler schließt sich den Beiträgen von GRin Eisenbusch und GR Ringwald an.

| | |
|-------------------|---|
| Beschluss: | Der Verwaltungs- und Finanzausschuss beschließt die Stellplatzmiete für Dauerparker in der Tiefgarage Berg-hausen um jeweils 25 EUR anzuheben. Diese Anhebun-gen sollen zum 01.06.2023 sowie 01.01.2024 stattfinden. |
|-------------------|---|

Abstimmung:

Ablehnung: Verwaltungsvorschlag, Erhöhung auf 100 EUR zzgl. MwSt. zum 01.06.2023: 3 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Zustimmung: Antrag SPD Fraktion, Erhöhung Stufenweise um jeweils 25 EUR, zum 01.06.2023 auf 75 EUR sowie 01.01.2024 auf 100 EUR zzgl. MwSt.: 7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

**3. Neufassung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer
- Antrag der Zählgemeinschaft von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken
- Beratung und Beschlussfassung als Empfehlung an den Gemeinderat**

BM Bodner leitet in den TOP ein.

RAL Dickemann leitet ein, die aktuell gültige Hundesteuersatzung wurde seit 2011 nicht mehr angepasst. Die Verwaltung sowie die Zählgemeinschaft Bündnis 90/Die Grünen und die Linke haben einen Antrag zur Änderung der Satzung gestellt. So soll der Steuersatz für den Ersthund von aktuell 72 EUR auf 108 EUR und der des Zweithunds von 144 EUR auf 216 EUR angehoben werden.

GR Schwarz würde den fünften Absatz des Paragraphen 6, welcher die Steuerbefreiung von Nachsuchenhunden regelt, streichen. Bei Jagdhunden sehe er kein öffentliches Interesse. Der Antrag richte sich nur an Haustiere und nicht an Nutztiere.

GR Ringwald schließt sich GR Schwarz an. Er möchte, dass man differenziert zwischen Sozialhunden und Nutzhunden, zudem sei man seitens der CDU-Fraktion gegen eine Wirtschaftsförderung aus Steuergeldern und daher möchte man zudem den Absatz 3 des Paragraphen 6 herausnehmen. Zudem möchte er wissen, ob Therapiehunde, welche außerhalb von Pfinztal zum Einsatz kommen, auch steuerlich befreit sind. So möchte man den Absatz 4 wie Absatz 5 gleichermaßen streichen. Er bittet die Punkte einzeln abzustimmen.

GRin Konstandin möchte, dass man Kampfhunde gleichbehandelt besteuert und stellt hierzu einen Antrag. Sie stimmt GR Ringwald zu, der Steuerpflichtige habe eine Nachweispflicht, dass der Hund sozialen Zwecken diene. Jagdhunde erfüllen für sie, sowie die dazugehörigen Jäger, ein öffentliches Interesse.

GRin Rothweiler ist für den Einsatz von sozialen Hunden z. B. in Schulen. Jagdhunde sehe sie nicht als Arbeitsmittel, da für sie Jägerei ein Hobby und kein Beruf sei.

BM Bodner merkt an, dass die Gemeinde durch Verpachtung ein öffentliches Interesse an insbesondere Jagdhunden habe. Sonst müsse die Gemeinde einen kommunalen Jäger ein-



stellen.

GRin Eisenbusch erklärt, dass Jagdpersonen verpflichtet sind, geeignete Jagdhunde mit zu führen.

GRin Möller ist mit den Erhöhungen einverstanden. Sie möchte die Steuersätze für Kampfhunde erhöhen, hierbei sieht sie 600 EUR als Minimum an. Sie möchte besonders darauf hinweisen, dass für einige Hunde eine Maulkorb- und Leinenpflicht besteht. Die Steuerbefreiung sozialer- sowie Jagdhunden sieht sie problematisch und möchte diese daher aus der Satzung nehmen.

RAL Dickemann bietet GRin Möller an, die 600 EUR Steuersatz für Kampfhunde als eigenen Antrag aufzunehmen. Einen Maulkorbbzwang sieht er als nicht durchsetzbar an. Die Leinenpflicht ist bereits in der Polizeisatzung geregelt.

GR Schwarz merkt an, dass die Ausbildung eines Therapiehundes teurer sei als die Steuerersparnisse. Wenn Hunde in z. B. Schulen eingesetzt werden, haben diese Hunde keinen wirtschaftlichen Zweck. Die Erhöhung der Zweithunde sieht er als sehr stark an. Man solle die Erhöhung der Beiträge in zwei Schritte aufteilen. Zudem möchte er die Steuersätze eher öfters erhöhen, aber dafür in kleineren Schritten.

GRin Konstandin schließt sich GR Schwarz argumentativ an, tendiert jedoch zu einer früheren Erhöhung. Zudem möchte sie weiterhin die Steuerbefreiung für Jagdhunde. Mit dem Antrag von GRin Möller geht sie mit.

GR Ringwald sieht in Therapiehunden ein Wirtschaftsgut mit der Absicht einer Einnahmeerzielungsabsicht.

GRin Rothweiler stimmt GR Ringwald nicht zu. Ein Therapiehund habe einen sozialen Zweck, jedoch sieht sie weiterhin in Jagdhunden ein Wirtschaftsgut.

Beschluss:

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat die Neufassung der Hundesteuersatzung wie folgt zu beschließen:

Antrag Zählergemeinschaft Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke (zusammengefasst):

Die Zählergemeinschaft von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken beantragt, in der Hundesteuersatzung auch Hunde von der Steuer zu „befreien, die eine zertifizierte Ausbildung zum Therapie-, Schul- oder Begleithund oder eine vergleichbare Ausbildung absolviert haben.“ Dem Antrag einer Erhöhung zum 01.01.2024 auf insgesamt 108 EUR wird mehrheitlich zugestimmt. Abstimmergebnis: 9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

Einer Erhöhung des Steuersatzes ab dem 01.01.2024 von Kampfhunden auf 600 EUR jährlich wird mehrheitlich zugestimmt. Abstimmergebnis: 10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

Einer Streichung der Steuerbefreiung von Therapiehunden, §6 Abs. 4 mit einer dementsprechenden Einsetzung des Hundes, wird mehrheitlich abgelehnt. Abstimmergebnis: 5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen

Der Bedingung eines entsprechenden Einsatzes des Hundes wird mehrheitlich zugestimmt. Abstimmergebnis: 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung



Eine Streichung des §6 Abs. 5 wird mehrheitlich abgelehnt. Abstimmergebnis: 3 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Die Aufnahme des §6 Abs. 5 im Wortlaut: „Hunden, die als Nachsuchenhunde im Sinne von § 38 Jagd- und Wildtiermanagementgesetz (JWVG) eingesetzt werden und als Nachsuchenhunde beim Landesjagdverband registriert sind.“, wird mehrheitlich zugestimmt. Abstimmergebnis: 9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

Einer Änderung des §11 Abs. 6, vorherig §10a Abs. 6, über eine Änderung der Handhabung bei Verlust der Hundesteuermarke, wird mehrheitlich zugestimmt. Abstimmergebnis: 11 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Es liegen keine Beratungsgegenstände vor.

5. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

Es liegen keine Beratungsgegenstände vor.

6. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Es liegen keine Beratungsgegenstände vor.

Vorsitz

Urkundspersonen

Schriftführung

Bürgermeisterin Nicola
Bodner

Gemeinderat Gegenhei-
mer

Pirmin Wenz

Gemeinderätin Konstandin